

Regionsbote

Informationen aus der Region

Resolution zum Kreislaufwirtschaftsgesetz

Auf Betreiben der FDP verabschiedete der Bundestag im November den Neuentwurf des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. Ziel dieses Gesetzes ist es – wen wundert es – Privaten mehr Möglichkeiten zu geben, in den lukrativen Abfallmarkt einzusteigen. Problem ist dabei, dass sich die Privaten die „Rosinen“ herauspicken, der öffentlich-rechtliche Versorger hat aber nach wie vor die Pflicht zur Grundversorgung an der Backe. In Berlin hatten die Vertreter der Kommunen dem Gesetzentwurf zugestimmt, weil man davon ausging, dass mehr nicht gehen würde. Matthias Miersch hat dagegen bis zum Schluss für eine Verbesserung des Gesetzes gekämpft.

Mit der Mehrheit von SPD, Grünen und Linken verabschiedete die Regionsversammlung in der ersten Sitzung eine Resolution an den Bundesrat mit der Forderung die Position der öffentlichen Entsorger, bei uns AHA nicht zu schwächen.

Der Bundesrat hat inzwischen das Gesetz abgelehnt und es in den Vermittlungsausschuss verwiesen. Es gibt also noch Möglichkeiten, das Gesetz im Sinne auch der Region Hannover zu verbessern.

SPD

VISP: Dr. Dirk Härdrich,
Regionsabgeordneter
A.-W.-Blume-Str. 43
30890 Barsinghausen
www.dirkhaerdrich.de

Konstituierende Versammlung der Regionsversammlung

Nach erfolgreichem Abschluss der Koalitionsverhandlungen konstituierte sich am 15. November 2011 die neue Regionsversammlung. Zum Nachfolger von Udo Mientus wurde Bodo Messerschmitt als Versammlungspräsident gewählt. Erste Stellvertreterin des Regionspräsidenten ist, wie in der vergangenen Periode Angelika Walther (SPD). Weitere Stellvertreter sind Doris Klawun-

de (Grüne) und Wolfgang Neubauer. Zudem wurden, wie bei derartigen konstituierenden Sitzungen üblich, die Fachausschüsse und Aufsichtsgremien besetzt.

Dabei zeigte sich vor allem die CDU-Fraktion schlecht vorbereitet. Bei der Benennung der Namen für die Ausschussbesetzungen konnte der auch in seiner Fraktion nicht unumstrittene Eber-

hard Wicke diese das eine und andere Mal nicht auf Anhieb nennen.

Inhaltlich wurde in der Sitzung noch eine von den Linken eingebrachte Resolution zum Kreislaufwirtschaftsgesetz und ein Änderungsantrag der SPD dazu beraten.

Ziel war und ist es, die leistungsfähige Abfallentsorgung in der Region zu erhalten. CDU und FDP stimmten dagegen!

Winterzoo – die Attraktion der Region

Der Zoo Hannover ist eine der größten Attraktionen der Region Hannover. Seit dem 26. November ist wieder der Winterzoo geöffnet. Mit Glühweinbuden, einer Eislauffläche auf Meyers Hof, einer Rodelrutsche im Müllewap und der Möglichkeit, z.B. Yukon-Bay zu besuchen. Es macht



Spaß, jetzt im Winter in den Zoo zu gehen. Gerade Abends ist es bunt und weihnachtlich. Yukon-Bay sieht sehr amerikanisch aus – kitschig zwar – aber auch schön. Ein Besuch im Winterzoo lohnt sich in jedem Fall.

Yukon-Bay bei Nacht

SPD-Regionsfraktion hat sich konstituiert

Mit Ablauf der vergangenen Woche hat die SPD-Regionsfraktion alle Arbeitsgruppen und Arbeitskreise konstituiert, die Sprecherinnen und Sprecher gewählt und das Arbeitsprogramm für die nächsten Monate festgelegt.

Ich selber gehöre dem Jugendhilfeausschuss an und bin auch jugendpolitischer Sprecher der Fraktion. Zudem bin ich Mitglied im Ausschuss für Regionalplanung, Metropolregion, Europa und Naherholung sowie stellvertretender Ak-Sprecher.

Nach diesen Sitzungen hat auch die inhaltliche Arbeit in der Fraktion begonnen.

In der Sitzung am 24. November ging es um die so genannte D-Linie der Stadtbahn in Hannover-Linden. Dabei geht es darum, dass dort statt der üblichen Hochbahnsteige ebenerdige Haltestellen eingerichtet werden sollen – aus städtebaulichen Gründen und zur Verbesserung der Mobilität. Das aber ist wegen des vorhandenen Wagenmaterials der ÜSTRA ein Problem. In der kommenden Sit-

zung wird das Thema Rettungsdienst auf der Tagesordnung stehen.

Mit den Haushaltsberatungen ab Dezember wird es dann auch ans „Eingemachte“ gehen.



Anpacken
Für unsere Region

Asbest in Luth

Asbest war lange Jahre ein unverzichtbarer Baustoff, der wegen krebserregender Eigenschaften nicht mehr verwendet werden kann. Die Firma Fulgurit in Luth war eine der großen Hersteller dieses Baustoffs. Auf einer Halde in Wunstorf Luth lagern noch etwa 140.000 m³ Asbestschlamm. Zudem finden sich Asbestscherben auf Privatwegen, die von den Landwirten bei der Firma abgeholt und auf die Wege geworfen wurden. Da es sich bei der Halde um eine provisorische Lösung handelt, besteht die Gefahr, dass sich Asbeststaub bildet und daher bedarf es einer dauerhaften Entsorgung. Geplant ist eine Entsorgung auf einer Deponie in Mecklenburg. Der Asbestschlamm soll in Lkws so transportiert werden, dass sich kein Staub und damit keine Asbestfasern lösen können. Für genaue Informationen lohnt es, folgenden Link anzuklicken:

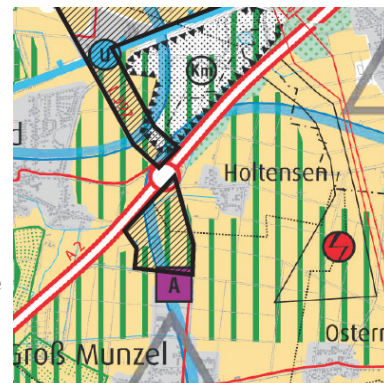
http://www.hannover.de/de/umwelt_bauen/behoerden/umweltbehoerden/fb_umwe/fulgurit/sanierung_durchfuehrung.html



Die Region Hannover bemüht sich seit langem, die Möglichkeiten als Logistikstandort zu entwickeln. Die Verkehrslage macht die Region zu einem der bedeutendsten Standorte in Deutschland. Zur langfristigen Entwicklung beschloss die Region im Juni ein Logistikkonzept 2020. Es soll drei Standorte geben (Barsinghausen/ Wunstorf, Hannover/ Sehnde und Lehrte. Dabei sind auch entgegenstehende Umweltsichtpunkte zu berücksichtigen. Der Standort Groß-Munzel/ Kolenfeld ist nach Ansicht der Region ohne Alternative, da es im Westen der Region keinen vergleichbaren

Ersatzstandort für die Ansiedlung eines überregional und damit auch landesweit bedeutsamen Logistikclusters gibt. Der Standort zeichnet sich besonders durch die unmittelbare Lage an der A 2, die Möglichkeit der Anknüpfung an einen bereits etablierten und logistisch vorgeprägten Gewerbestandort, die Flächengröße als Voraussetzung für einen überregional ausstrahlenden Logistikstandort, die Trimodalität (mögliche Verkehrsverknüpfung von Straße, Schiene und Mittellandkanal) und den interkommunalen Planungsansatz aus. Derzeit ist eine Änderung

des Regionalen Raumordnungsprogramms im Verfahren. Noch zögern die Grünen wegen ökologischer Bedenken. Daher ist noch nicht klar, ob diese Änderung bereits im Dezember verabschiedet wird.



Koalitionsverhandlungen erfolgreich

Ziemlich geräuschlos sind die Koalitionsverhandlungen von SPD und Grünen in der Region verlaufen. Die vertrauensvolle und erfolgreiche Zusammenarbeit der vergangenen Jahre war dafür eine gute Basis. Der Vertrag schreibt z.B. fest, dass die Jugendarbeitslosigkeit in der Region auf Null gesenkt werden soll. In der Wirtschaftspolitik soll es ein Zertifizierungssiegel geben, um erfolgreiche Unternehmen auszuzeichnen. Der Flughafen Langenhagen soll weiterentwickelt und ein Logistikkonzept geschaffen werden.

Bei der Abfallentsorgung soll die Tonnenabfuhr auch im Umland auf freiwilliger Basis ausgeweitet werden.

Die Förderung des Kita-Ausbaus und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sind Bausteine der Sozial- und Jugendpolitik. Im Verkehrsbereich sollen der Anteil der Fuß-

gänger, der Radfahrer, des ÖPNV und des Car-Sharings weiter ausgebaut werden. Auch die Stadtbahn soll eine Erweiterung erfahren und bis nach Hemmingen und Garbsen geführt werden.

Im Klimaschutz sollen die bisherigen Anstrengungen fortgeführt und bis zum Jahr 2020 eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes um 40 % gegenüber dem Stand von 1990 erreicht werden. Zudem sollen die Flächen für Windenergieanlagen ausgeweitet werden. Durch die Erneuerung des Landschaftsrahmenplanes soll auch die biologische Vielfalt in der Region gefördert werden. Zur Reduzierung der „Lichtverschmutzung“ soll es einen Lichtmasterplan geben.

Bei der Naherholung wird der Schwerpunkt auf der Gartenregion und dem Zoo Hannover liegen. Im Rahmen der Neufassung des Regionalen Raumordnungsprogramms soll auf den Erhalt von Freiflächen ge-

Achtet und die weitere Zersiedlung vermieden werden. Beim Rettungsdienst soll es keine privaten Anbieter geben und der hohe Standard in der Region gesichert werden. Schließlich wollen die Koalitionäre Konsolidierung des Haushalts vorantreiben; dabei gibt es keine Erhöhung der Regionsumlage. Die Fraktionen waren durch Arbeitsgruppen in die Erarbeitung eingebunden; deren Ergebnisse sind in Form eines Arbeitsprogramms Teil der Vereinbarung. Die Regionsfraktion billigte das Papier am 4. November einstimmig und auch der UB-Beirat sprach sich am selben Tag mit großer Mehrheit dafür aus.

Nach Ansicht von Matthias Miersch enthält die Vereinbarung wesentliche Bestandteile des SPD-Programms und es liegt nun auch an der Fraktion, wieweit sie sich im politischen Alltag durchsetzen kann.